

Presseinformation

12. Januar 2015

123 Millionen Euro an EU-Mitteln für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung

Schwarz: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in Niederösterreich

Die Europäische Kommission hat kürzlich das neue EU-Förderprogramm „Investition in Wachstum und Beschäftigung (IWB) Österreich 2014-2020“ genehmigt. Die österreichischen Bundesländer, darunter auch Niederösterreich, teilen sich insgesamt rund 536 Millionen Euro EU-Mittel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den österreichischen Regionen. Für Niederösterreich werden rund 123 Millionen Euro von Seiten der Europäischen Union zur Verfügung gestellt. Die EU-Mittel werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) dotiert und mit nationalen Mitteln kofinanziert. Erste Projekte können ab Mitte 2015 gestartet werden.

Mit der finanziellen Unterstützung der Ziel 2-Regionen durch die Programme zur „Investition in Wachstum und Beschäftigung“ seitens der Europäischen Union ist ein zentrales niederösterreichisches Anliegen erfüllt worden, das in den ursprünglichen Überlegungen der Europäischen Kommission nicht vorgesehen war. „Die EU-weit einzigartige NÖ Lobbying-Initiative im Oktober 2010 zur Fortführung der Kohäsionsmittel nach 2014 und das gemeinsame St. Pöltner Manifest der interregionalen Organisationen im Oktober 2011 haben Wirkung gezeigt“, führt die für EU-Fragen zuständige Landesrätin Mag. Barbara Schwarz aus. So werden nun alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und mit ihnen alle österreichischen Bundesländer vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) profitieren.

Landesrätin Schwarz erklärt weiter: „Die positive Entwicklung Niederösterreichs und seiner Regionen ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Förderungen der Europäischen Union haben seit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 dazu maßgeblich beigetragen. Dieser Weg ist nun für weitere sieben Jahre gesichert.“

Gemessen an seiner Bevölkerung erhält Niederösterreich überproportional viel Geld aus dem österreichischen EU-Fördertopf und besitzt nach der Steiermark den zweitgrößten EU-Programmteil innerhalb Österreichs. Mit den Geldern sollen ab 2015 vor allem Projekte in den Bereichen „Forschung, Entwicklung und Technologie“, „Klimaschutz und Energie“ sowie „Innovation in kleinere und mittlere

Presseinformation

Unternehmen (KMU)" gefördert werden. In diesem Rahmen sind etwa Maßnahmen zur Entwicklung des Technologiestandorts Niederösterreich, Unterstützung von Kooperationen zwischen KMU's, Umwelt- und Energiemaßnahmen in Betrieben oder die Unterstützung der Mobilität in niederösterreichischen Gemeinden förderbar.

„Niederösterreich greift mit diesen Schwerpunkten auch gezielt die von der Europäischen Kommission identifizierten Herausforderungen der Europa-2020-Strategie auf“, erklärt Landesrätin Schwarz die gewählte Herangehensweise.

Nähere Informationen beim Büro LR Schwarz unter 02742/9005-12655, Mag. (FH) Dieter Kraus, e-mail dieter.kraus@noel.gv.at.